

Von: newsletter@czarnetzki.eu
Betreff: **IT-Recht Newsletter April 2011**
Datum: 5. April 2011 16:51:03 MESZ
An: Info <info@czarnetzki.eu>

Dr. Axel Czarnetzki LL.M.

IT-Recht Newsletter April 2011

Mit dieser Ausgabe meines Newsletters informiere ich Sie über einige interessante Entscheidungen, u.a. zu den Anforderungen des LG Düsseldorf an die Sicherung eines W-LAN, wenn man die Störerhaftung vermeiden möchte, die Bindung eines DSL-Kunden an den Vertrag, auch wenn er umziehen möchte und für die neue Wohnung DSL nicht zur Verfügung steht, die Fürsorgepflichten eines Telefonnetzanbieters gegen ausufernde Rechnungen seiner Kunden sowie die Strafbarkeit eines Anbieters von "Abo-Fallen" im Internet.

Spannend sind auch die Entscheidungen, wann IP-Adressen eines Internet-Nutzers gespeichert und ausgewertet werden dürfen, z.B. zur Aufdeckung von Urheberrechtsverletzungen

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Neu in diesem Newsletter:

- **Urteil – LG Düsseldorf (29.09.2010)**
Datenbank » Urteile IT-Recht » Störerhaftung

Die Sicherung eines W-LANs durch die herstellerseitig vorgegebene Verschlüsselung mittels 11 - stelligem Passwort reicht nicht aus, um eine Haftung als Störer zu vermeiden, wenn Dritte das W-LAN für Urheberrechtsverletzungen nutzen. Die Abgabe einer Unterlassungsverpflichtungserklärung gegenüber einem Urheber, dessen geschütztes Werk neben einer Reihe anderer Werke in einer so genannten Containerdatei enthalten ist, beseitigt nicht die Wiederholungsgefahr gegenüber anderen Urhebern, deren Werke ebenfalls in dieser Datei

enthalten sind (Drittunterwerfung).

[Unzureichende W-LAN-Sicherung](#)

- **Urteil – BGH (11.11.2010)**

Datenbank » Urteile TK/TM-Recht » AGB – Klauseln

Der Kunde eines Telekommunikationsunternehmens, der einen Vertrag über einen DSL – Anschluss mit einer Laufzeit von zwei Jahren sowie sonstigen Zusatzleistungen abgeschlossen hat, ist nicht berechtigt, diesen Vertrag dann außerordentlich zu kündigen, wenn er selbst in eine neue Wohnung umzieht und das Telekommunikationsunternehmen dort DSL – Technik nicht zur Verfügung stellen kann.

[Kündigung DSL-Vertrag wg. Umzug](#)

- **Urteil – LG Bonn (01.06.2010)**

Datenbank » Urteile TK/TM-Recht » Netzbetreiber

Ein Telekommunikationsanbieter ist verpflichtet, das normale Nutzungsverhalten eines Kunden bei der Nutzung der Telekommunikationsdienste zu beobachten und bei solchen Ausreißern, welche zu explodierenden Kosten führen können, den Kunden zu informieren und mit dem Ziel der Schadensminderung notfalls auch den Anschluss des Kunden bis zur Klärung des Nutzungsverhaltens vorübergehend zu sperren (Fürsorgepflicht).

[Fürsorgepflichten und Nutzungsverhalten](#)

- **Urteil – BGH (27.01.2011)**

Datenbank » Urteile IT-Recht » WEB-Verträge

Auch ein Webhosting – Vertrag mit einer Laufzeit von 3 Jahren und automatischer Verlängerung, mit dem sich das Unternehmen verpflichtet, eine Domain zu registrieren, die Website zu erstellen, E-Mails zur Verfügung zu stellen und für die Dauer von drei Jahren die Website im Internet vorzuhalten, kann vom Besteller zu jedem beliebigen Zeitpunkt nach § 649 Satz 2 BGB gekündigt werden.

[Webhostingvertrag und Kündigungsfolgen](#)

- **Urteil – OLG Hamburg (03.11.2010)**

Datenbank » Urteile IT-Recht » IT-Urheber- und Lizenzrecht

Im zivilgerichtlichen Verfahren gegen einen Täter, der urheberrechtlich geschützte Werke über ein Filesharing-Netzwerk ins Internet gestellt hat, können die auf Anordnung der Staatsanwaltschaft ermittelten IP-Adressen verwertet werden. Ein Beweisverwertungsverbot besteht nicht.

[Beweisverwertung IP-Adresse](#)

- **Urteil – OLG Koblenz (30.09.2010)**

Datenbank » Urteile IT-Recht » WEB-Verträge

Zur Unwirksamkeit von Klauseln in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen eines Webhostingunternehmens gegenüber Verbrauchern, die sich auf folgende Bereiche beziehen: Änderung der AGB und Zustimmungsfiktion, Einbeziehung für künftige Geschäfte, Bearbeitungsgebühren für Rücklastschriften, Vertragsstrafenversprechen, Kündigungsmöglichkeit trotz Mindestlaufzeit, außerordentliche Kündigung selbst bei Bagatelleverstößen, Verzugszinsen in Höhe von 10 % sowie Recht, die Website zu sperren, Erhöhung des Entgeltes selbst bei einmaligem, geringfügigem überschreiten des vereinbarten Traffics.

[AGB-Klauseln und Unwirksamkeit](#)

- **Urteil – BGH (13.01.2011)**

Datenbank » Urteile Datenschutz » Datenerhebung

Sofern es technisch erforderlich ist, IP - Adressen zum Zwecke der Entgeltermittlung im Sinne von gemäß § 97 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Nr. 1 TKG zu speichern, ist deren Speicherung für die Dauer von sieben Tagen nicht unverhältnismäßig. Gleiches gilt, soweit dies gemäß § 100 Abs. 1 TKG zum Erkennen, Eingrenzen oder Beseitigen von Störungen oder Fehlern an Telekommunikationsanlagen erforderlich ist. Ob eine Entgeltermittlung auch ohne Speicherung von IP - Adressen möglich ist, ist gutachterlich ebenso zu prüfen, wie die Speicherung zu Zwecken von § 100 Abs. 1 TKG.

[Speicherung von IP-Adressen](#)

- **Urteil – OLG Frankfurt (17.12.2010)**

Datenbank » Urteile IT-Recht » IT-Strafrecht

Ist eine Website im Internet, welche auch ansonsten im Internet kostenfrei angebotene Leistungen kostenpflichtig anbieten möchte, so gestaltet, dass sich die konkreten Kosten erst aus den AGB oder nach einem Scrollen des Bildschirms ergeben und der Nutzer so verleitet wird, unbeabsichtigt einen Vertrag über mehrere Monate zu schließen (Abonnement), stellt dies einen strafbaren Betrug gegenüber den Internetnutzern im Sinne von § 263 StGB dar.

[Internetabonnements als strafbarer Betrug](#)

- **Urteil – OLG Dresden (17.08.2010)**

Datenbank » Urteile IT-Recht » Preisangaben im Internet

Der Betreiber eines Internetportals für Reiseleistungen (Flüge und sonstige Reisedienstleistungen) ist verpflichtet, eine von ihm erhobene Servicegebühr in den Endpreis einzubeziehen und diesen den Kunden anzuzeigen, wenn die Servicegebühr für den Kunden unvermeidbar ist. Mit der Reise nicht unmittelbar und zwingend zusammenhängende sonstige Kosten wie zum Beispiel eine Reiseversicherung dürfen durch das System nicht automatisch für den Kunden vorgesehen sein. § 8 UWG, Art. 23 der Verordnung (EG) Nr. 1008/2008

[Vermittlergebühren bei Internetreiseportal](#)

Privater Newsletter-Service von:

Rechtsanwalt Dr. Axel Czarnetzki LL.M. (info@czarnetzki.eu)

Kanzleianschrift:

GÖRG Partnerschaft von Rechtsanwälten, Prinzregentenstr. 22, D-80538 München

Sie erhalten diesen Newsletter als Mandant im Bereich IT-Recht oder weil Sie sich über die Homepage für den Newsletter registriert haben. Sollten Sie diesen Newsletter künftig nicht mehr erhalten wollen, können ihn jederzeit [hier abbestellen](#). Ihre Daten werden dann aus der Mailingliste entfernt.

